FROM: https://www.zeit.de/politik/ausland/ukraine-krieg-russland-newsblog-live

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im vergangenen Jahr 413 Urteile gegen Russland gesprochen und 145 gegen die Ukraine. Insgesamt hat er 1.459 Entscheidungen getroffen, die von den entsprechenden Mitgliedsstaaten eine Umsetzung verlangen. Aufgrund der Urteile gegen Russland gab es einen beträchtlichen Anstieg gegenüber den beiden Vorjahren. Das geht aus dem in Straßburg veröffentlichten Jahresbericht des Ministerkomitees hervor, das die Ausführung der Urteile überwacht.

Die Zahl der noch nicht umgesetzten Gerichtsentscheide in den 46 Ländern des Europarats erhöhte sich weiter auf 6.112; in 1.299 davon geht es um Präzedenzfälle. 880 Fälle wurden im vergangenen Jahr mit Ausführung des Urteils geschlossen. Vier von zehn offenen Fällen (38 Prozent) betreffen den Angaben zufolge Russland

Russland wurde zwar am 16. März 2022 wegen des Angriffs auf die Ukraine aus dem Europarat ausgeschlossen und ist seit dem 16. September nicht mehr Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention, muss aber nach internationalem Recht Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs weiter umsetzen. Wie die Durchsetzungsmöglichkeit solcher Entscheidungen generell verbessert werden kann, soll auch Gegenstand beim Europarat-Gipfel am 16. und 17. Mai im isländischen Reykjavík sein.

An finanziellen Entschädigungen sprachen die Richter in Straßburg den Klägern vergangenes Jahr insgesamt 110,8 Millionen Euro zu; davon entfielen knapp 80,2 Millionen allein auf Russland.

Die spanische Polizei hat nach eigenen Angaben einen Russen und einen Ukrainer wegen mutmaßlichen Schmuggels von Verteidigungsmaterial nach Russland festgenommen. Dabei sei gegen EU-Sanktionen verstoßen worden, hieß es von der Polizei. Die beiden Personen seien im Baskenland gefasst worden, der Zeitpunkt wurde nicht genannt.

Zollbeamte hätten die polizeilichen Ermittlungen unterstützt, die den Angaben zufolge im Juni 2021 aufgenommen wurden. Damals habe die Polizei eine mutmaßlich illegale Operation aufgespürt, mit der doppelt verwendbare Luftfahrtausrüstung nach Russland geschickt werden sollte. Der Schmugglerring habe vermutlich Handelssanktionen umgehen sollen, die von der EU nach der russischen Invasion in die Ukraine verhängt worden waren. Der zerschlagene Schmugglerring habe militärisches Gerät für den Luftfahrtsektor liefern sollen, sagte die spanische Polizei.

Die Schmuggler hätten ein ausgeklügeltes System entwickelt, internationale Zollkontrollen zu umgehen. Dadurch habe es ausgesehen, als sollten die Lieferungen an nicht sanktionierte Länder gehen, sie seien aber letztlich in Russland gelandet.

In der ostukrainischen Stadt Bachmut hat es nach ukrainischen Angaben schwere Häuserkämpfe gegeben. Trotz der personellen Übermacht der russischen Angreifer sei diesen aber kein Durchbruch gelungen, teilte die Militärführung in Kiew mit.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte bei seinem Besuch in Polen, die Ukraine verteidige Bachmut weiterhin, auch wenn die Lage dort weiter "sehr, sehr schwierig“ sei.

Russische Truppen versuchen seit dem Spätsommer, Bachmut einzunehmen. Der Großteil der Stadt und Teile des Zentrums im Bezirk Donezk stehen bereits unter russischer Kontrolle.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat dem Nachbarland Polen bei einem Besuch in Warschau für die Unterstützung im Verteidigungskampf seines Landes gegen Russland gedankt. Ausdrücklich dankte Selenskyj der polnischen Bevölkerung zudem für die Aufnahme von rund 1,6 Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlingen.

Immer mehr europäische Länder ziehen sicherheitspolitische Konsequenzen aus dem russischen Angriff auf die Ukraine. Lettland führt die Wehrpflicht für Männer wieder ein. Das neue Nato-Mitglied Finnland stärkt seine Luftabwehr mit einem israelischen System.

Bei einer von Russland angesetzten Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Ukraine haben die Vertreter mehrerer Länder den Saal verlassen, als die mit einem internationalen Haftbefehl gesuchte russische Kinderrechtsbeauftragte per Video zugeschaltet wurde. Maria Lwowa-Belowa prangerte eine angebliche "Diskreditierungskampagne“ gegen ihr Land an, woraufhin Vertreter der USA, Großbritanniens, Maltas und Albaniens den Raum verließen.

Die ukrainischen Behörden werfen Russland vor, seit Kriegsbeginn vor mehr als einem Jahr mehr als 16.000 ukrainische Kinder verschleppt zu haben. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hatte wegen der Verschleppung der Kinder Mitte März Haftbefehle gegen Russlands Präsident Wladimir Putin und Lwowa-Belowa erlassen.

Russland gibt an, die ukrainischen Kinder vor den Kämpfen "gerettet" zu haben und Maßnahmen zu ergreifen, um sie wieder mit ihren Familien zusammenzuführen. "Die ukrainische Propaganda und die westlichen Medien haben die Situation vorsätzlich und gründlich verzerrt, indem sie es ein Verbrechen nennen, diese Kinder vor den Bombenangriffen zu retten", sagte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja in der Sitzung.